Schwerpunkte der Ressorts aus dem Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2025

Anmerkung: Die nachstehende Übersicht enthält ausschließlich im Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2025 angekündigte Vorhaben. Maßnahmen der Ressorts zu Schwerpunktvorhaben, die 2024 oder früher von der Europäischen Kommission vorgelegt wurden und sich derzeit noch im Verhandlungsstadium befinden, sind ggf. im Textteil des Berichts beschrieben.

Lfd. Nr.	Nr. in Anhang I „Neue Initiativen“	Ressort	Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens/ voraussichtlicher Zeitpunkt der Vorlage	Beschreibung von Gegenstand und Zielen des Vorhabens gemäß dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission	Bedeutung des Vorhabens für Sachsen-Anhalt; Landesspezifischer Handlungsbedarf
Ein neuer Plan für nachhaltigen Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in Europa						
1	1.	MWL, ggf. weitere Ressorts	Wettbewerbsfähigkeit Kompass für Wettbewerbsfähigkeit	Nicht legislativ, 1. Quartal 2025	Das Vorhaben soll strukturellen Problemen, die die Wettbewerbsfähigkeit Europas beeinträchtigen, entgegenwirken. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist eine der obersten Prioritäten der EU-Kommission.	Die im Kompass genannten drei zentralen Bereiche Förderung von Innovationen, Erleichterung des Zugangs zu sauberer Energie und die Reduzierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten sind für die Unternehmen in Deutschland und Sachsen-Anhalt große Herausforderungen. Das Vorhaben ist im Hinblick auf die spezifischen Auswirkungen auf den Industrie- und Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt zu begleiten.
2	3.	MWL, MF, ggf. weitere Ressorts	Vereinfachung Erstes Omnibus-Paket zur Vereinfachung	Legislativ, 1. Quartal 2025	Das Omnibus-Paket enthält Querschnittsvorschläge zu mehreren Rechtsgebieten und soll zu weitreichenden Vereinfachungen in den Bereichen Berichterstattung über ein nachhaltiges Finanzwesen, Sorgfaltspflichten im Hinblick auf	Die mit dem Omnibus-Paket vorgeschlagenen Anpassungen könnten zu Entlastungen für betroffene Unternehmen in Sachsen-Anhalt und für deren Lieferketten sorgen, da zahlreiche überlappende oder

Lfd. Nr.	Nr. in Anhang I „Neue Initiativen“	Ressort	Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens/ voraussichtlicher Zeitpunkt der Vorlage	Beschreibung von Gegenstand und Zielen des Vorhabens gemäß dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission	Bedeutung des Vorhabens für Sachsen-Anhalt; Landesspezifischer Handlungsbedarf
					Nachhaltigkeit, EU-Taxonomie und dem CO2-Grenzausgleichssystem führen.	unverhältnismäßige Pflichten verringert werden sollen, v.a. für den Mittelstand.
3	9.	MWL, MWU, ggf. weitere Ressorts	Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung Deal für eine saubere Energie und Aktionsplan für erschwingliche Energie	Nicht legislativ, 1. Quartal 2025	Der Deal für eine saubere Energie enthält Maßnahmen zur Stärkung der EU-Wettbewerbsfähigkeit und soll gleichzeitig die Dekarbonisierung der Wirtschaft vorantreiben. Im Fokus stehen sowohl energieintensive Industrien als auch der Cleantech-Sektor. Der geplante Umbau der Industrie wird von einem Aktionsplan für erschwingliche Energie begleitet, der die Senkung von Energiekosten für Wirtschaft und Verbraucher zum Ziel hat.	Die sechs Handlungsfelder des Deals für eine saubere Energie, (1.) bezahlbare Energie, (2.) Leitmärkte, (3.) öffentliche und private Investitionen, (4.) Kreislaufwirtschaft, (5.) internationale Partnerschaften und (6.) qualifizierte Arbeitskräfte sind auch für Sachsen-Anhalt als Industrie- und Wirtschaftsstandort von großer Bedeutung.
4	16.	MWU, ggf. weitere Ressorts	Wettbewerbsfähigkeit EU-Weltraumgesetz	Legislativ, einschließlich Folgenabschätzung, Artikel 114 und 191 AEUV, 2. Quartal 2025	Mit dem Legislativvorschlag soll ein EU-Rahmen geschaffen werden, der das Verhalten europäischer Weltraumbetreiber regeln soll und ein stabiles und wettbewerbsfähiges Geschäftsumfeld bieten soll. Geregelt werden soll auch das Problem des Weltraummülls.	Deutschland ist aktiv am Bereich Weltraum beteiligt, besonders der private Sektor wächst rasant. Auch Sachsen-Anhalt ist bereits in diesem Forschungsbereich tätig. Eines der führenden Zentren für Weltraummedizin befindet sich in Magdeburg an der Otto-von-Guericke-Universität. Durch eine wachsende Weltraumindustrie eröffnen sich vor allem wirtschaftliche Potentiale. Die sicherheitspolitische Relevanz des Weltraums sowie die daraus entstehenden Herausforderungen und Handlungsbedarfe für die Bundesrepublik bleiben allerdings oftmals weniger relevant. Daher sollte Sachsen-Anhalt das Vorhaben unterstützen.

Lfd. Nr.	Nr. in Anhang I „Neue Initiativen“	Ressort	Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens/ voraussichtlicher Zeitpunkt der Vorlage	Beschreibung von Gegenstand und Zielen des Vorhabens gemäß dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission	Bedeutung des Vorhabens für Sachsen-Anhalt; Landesspezifischer Handlungsbedarf
5	18.	MWL, ggf. weitere Ressorts	Vereinfachung Gezielte Überarbeitung der REACH-Verordnung	Legislativ, Artikel 114 AEUV, 4. Quartal 2025	Der Legislativvorschlag gehört zu dem Paket für die chemische Industrie. Mit der Überarbeitung der EU-Chemikalienverordnung (REACH) sollen die Vorschriften für die chemische Industrie vereinfacht werden, ohne dabei Kompromisse bei Sicherheit und Umweltschutz einzugehen.	Sachsen-Anhalt ist als Chemie-Standort und Standort wissenschaftlicher Einrichtungen mit Bezug zur Thematik betroffen. Auswirkungen der Vorschläge auf diese Bereiche sind zu prüfen.
Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit						
6	21.	MI, ggf. weitere Ressorts	Sicherheit Weißbuch über die Zukunft der europäischen Verteidigung	Nicht legislativ, 1. Quartal 2025	Mit dem Weißbuch über die Zukunft der europäischen Verteidigung soll eine breite Konsultation über die Schaffung eines Unionsrahmens für den Investitionsbedarf im Verteidigungsbereich und zur Verteidigungsfähigkeit sowie zu den Finanzierungsmöglichkeiten eröffnet werden.	Vor dem Hintergrund der anhaltenden Kriegssituationen auf europäischer sowie internationaler Ebene, ist Sachsen-Anhalt auf eine gestärkte Verteidigungsfähigkeit angewiesen. Das Vorhaben sollte daher begleitet werden.
7	28.	MI, ggf. weitere Ressorts	Migration Europäische Migrations- und Asylstrategie	Nicht legislativ, 4. Quartal 2025	Mit der ersten fünfjährigen europäischen Migrations- und Asylstrategie soll ein strategischer und zukunftsorientierter Rahmen festgelegt werden. Die Strategie beinhaltet die Bekämpfung von Schleusernetzen, um den weiteren Verlust von Menschenleben zu verhindern	Das Vorhaben steht im Kontext der Implementierung der Neufassung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems bis Mitte 2026. Im Rahmen der Strategie sollen mittel- und langfristige Maßnahmen entwickelt werden, um die Effizienz der nationalen Migrations- und Asylsysteme zu steigern und sie in eine europäische Migrations- und Asylpolitik zu integrieren. Darüber hinaus soll die Arbeit auf europäischer

Lfd. Nr.	Nr. in Anhang I „Neue Initiativen“	Ressort	Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens/ voraussichtlicher Zeitpunkt der Vorlage	Beschreibung von Gegenstand und Zielen des Vorhabens gemäß dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission	Bedeutung des Vorhabens für Sachsen-Anhalt; Landesspezifischer Handlungsbedarf
					und zielt ebenso auf wirksamere Rückführungsverfahren für Menschen ohne Aufenthaltsrecht in der EU.	Ebene an der externen Dimension der Migration fortgesetzt werden. Die Strategie ist von grundsätzlicher Bedeutung auch für Sachsen-Anhalt, insbesondere mit Blick auf die sich aus der Strategie ergebenden EU-weiten Handlungsansätze für die Steuerung und Begrenzung der irregulären Migration. Deren Umsetzung sollte daher umfassend begleitet werden.
Erhalt unserer Lebensqualität: Ernährungssicherheit, Wasser und Natur						
8	35	MWL, ggf. weitere Ressorts	Vereinfachung Vereinfachungspaket der Gemeinsamen Agrarpolitik	legislativ, 2. Quartal 2025	Aufbauend auf den Ergebnissen des strategischen Dialogs über die Zukunft der EU-Landwirtschaft soll ein stabiler Rahmen für Landwirte geschaffen werden, der die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft sichern soll. Mit dem Legislativvorschlag sollen Vereinfachungsmaßnahmen in Bezug auf die Gemeinsame Agrarpolitik, die Landwirte betreffen, greifen, weiter soll übermäßiger Verwaltungsaufwand für nationale Verwaltungen und Landwirte abgebaut werden.	Rund 80 Prozent der Bevölkerung Sachsen-Anhalts leben in den ländlichen Räumen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist die weitere Stärkung der ländlichen Gebiete als Wirtschaftsstandort sowie Arbeits-, Lebens-, Erholungs- und Kulturraum wichtig. Der bisherige GAP-Strategieplan unterstützt eine resiliente landwirtschaftliche Produktion, honoriert Umwelt- und Klimaschutzleistungen und trägt zur Zukunftsfestigkeit der ländlichen Räume bei. Das Vorhaben ist von grundsätzlicher Bedeutung für die künftige Ausrichtung des Politikbereichs im Rahmen der EU und sollte begleitet werden.
Gemeinsam etwas erreichen und unsere Union auf die Zukunft vorbereiten						
9	44	MF, Stk, ggf. weitere	Künftige Priorität	Legislativ, Artikel 312	Der neue langfristige EU-Haushalt ab 2028 (mehrjährige Finanzrahmen) soll besser auf die Prioritäten und Ziele der	Sachsen-Anhalt ist von dem geplanten Umbau des neuen EU-Haushaltes ab 2028 stark betroffen. Grundlegende Veränderungen sind angekündigt, die

Lfd. Nr.	Nr. in Anhang I „Neue Initiativen“	Ressort	Bezeichnung des Vorhabens	Art des Vorhabens/ voraussichtlicher Zeitpunkt der Vorlage	Beschreibung von Gegenstand und Zielen des Vorhabens gemäß dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission	Bedeutung des Vorhabens für Sachsen-Anhalt; Landesspezifischer Handlungsbedarf
		Ressorts	Vorschläge für den mehrjährigen Finanzrahmen nach 2027	AEUV, 3. Quartal 2025	EU abgestimmt sein und auf flexible Weise dort eingesetzt werden, wo das Handeln der EU am dringendsten erforderlich ist.	erhebliche Auswirkungen auf die strukturelle Förderung und die Vergabe der Mittel aus den Kohäsionsfonds in Sachsen-Anhalt haben werden. Deshalb muss das Vorhaben mit hoher Priorität umfassend begleitet werden.
10	45	Stk, ggf. weitere Ressorts	Künftige Priorität Eine erweiterungsfähige EU: Überprüfung der Politik und Reformen	Nicht legislativ, noch festzulegen)	Die Auswirkungen der Erweiterung auf alle EU-Politikbereiche sollen genauer bewertet, politischer Handlungsbedarf identifiziert, sowie Maßnahmen festlegt werden, um die Herausforderungen in Chancen umzuwandeln und Optionen zur Verbesserung der EU-Governance und der Handlungsfähigkeit der EU zu prüfen.	Das Vorhaben ist von grundsätzlicher Bedeutung für die künftige Ausrichtung des Politikbereichs im Rahmen der EU. Es bedarf daher einer Positionierung zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission.